Richtlinie zur Gewährung von Leistungsbezügen
für HochschullehrerInnen und Hochschullehrer
an der Technischen Universität Berlin
vom 30. Januar 2006

I. Allgemeine Regelungen

§ 1 - Zweck und Zielsetzung der Richtlinie
Diese Richtlinie regelt die Grundsätze des Verfahrens und der Vergabe von Funktions-Leistungs-
bezügen sowie Bleibe- und Berufungs-Leistungsbezügen gemäß § 3 Abs. 8 Landesbesoldungsgesetz
Berlin.

§ 2 - Anwendungsbereich
(1) Diese Richtlinie gilt für beamtete ProfessorInnen und Professoren, die nach der
Bundesbesoldungsordnung W besoldet werden.

(2) Diese Richtlinie regelt das Verfahren zur Gewährung, Befristung und Ruhegehaltshfähigkeit von
Leistungsbezügen.
   a) für die Wahrnehmung von Funktionen und besonderen Aufgaben im Rahmen der
      Hochschulselbstverwaltung
   b) aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen

(3) Die Festlegung von Kriterien für besondere Leistungsbezüge im Rahmen eines
   Bewertungssystems einschließlich des Verfahrens zur Feststellung der Voraussetzungen ist nicht
   Gegenstand dieser Richtlinie.

§ 3 - Kontingentierung der Leistungsbezüge
Maximal 50 % der zur Verfügung stehenden Personalmittel sollen für besondere Leistungsbezüge
verwendet werden.

II. Funktionsleistungsbezüge

§ 4 - Funktionsleistungsbezüge
(1) Hauptamtlichen Mitgliedern der Hochschulleitung wird für die Dauer der Wahrnehmung der
Funktion ein Funktions-Leistungsbezug gewährt. Der Präsident erhält einen Funktions-
Leistungsbezug in Höhe von 68,78 vom Hundert des Grundgehaltes der Besoldungsgruppe W 3.
Neben diesem festen Betrag wird dem Präsidenten ein variabler Funktionsleistungsbezug
gewährt, dessen Höhe in einer Zielvereinbarung mit der Dienstbehörde festgelegt wird.

(2) Wird ein Professor der eigenen oder einer anderen Hochschule Hochschulleiter, kann ihm
anstelle eines Funktionsleistungsbezugs nach Absatz 1 ein Funktionsleistungsbezug in Höhe der
Differenz zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 3 und seinem bisherigen Bezügen
oder seinem bisherigen Gehalt gewährt werden. Ist es zur Gewinnung des Professors als
Hochschulleiter erforderlich, kann der Funktionsleistungsbezug nach Satz 1 erhöht werden. Die
Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für hauptberufliche Leiter, die nicht Professoren sind.

(3) Funktionsleistungsbezüge dürfen den Unterschiedsbetrag zwischen dem Grundgehalt der
Besoldungsgruppe W 3 und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe B 10 nicht überschreiten.
Ausgenommen hiervon sind die Fälle des § 33 Abs. 2 BBesG.

(4) Nebenamtliche Mitglieder der Hochschulleitung und der Hochschulselbstverwaltung erhalten
Funktions-Leistungsbezüge in folgender Höhe:
   a. 1. Vizepräsident 1.000 Euro pro Monat
   b. 2. und 3. Vizepräsident 600 Euro pro Monat
   c. Dekan, Dekan 500 Euro pro Monat
   d. Prodekan, Prodekan 400 Euro pro Monat

(5) Die Bezüge werden für die Dauer der Wahrnehmung der Funktion gewährt. Die
   Ruhegehaltshfähigkeit richtet sich nach § 15 a des Beamtenversorgungsgesetzes.

1 Die Funktionsleistungsbezüge für die VP's und die Dekane und Prodekanne verursachen jährlich Kosten in Höhe von
102,000 €, wenn alle Amtsträger sich in der W-Besoldung befinden.
III. Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge

§ 6 - Integriertes Stufenmodell, Verhandlungsfreiheit


(2) Im Rahmen von Berufungs- oder Bleibeerhebungen kann jede oder jeder Berufene bzw. jede Professorin und jeder Professor Verhandlungen über die Höhe der Berufungs- bzw. Bleibeleistungsbezüge führen.


(5) Über Gewährung und Höhe der Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge entscheidet der für Berufungen zuständige Vizepräsident.

IV. Gemeinsame Regelungen

§ 7 - Selbstverwaltungstätigkeit; familiäre Gründe, Behinderung

(1) Bei der Bewertung von Leistungen und der Benennung von besonderen Leistungsbezügen darf eine Reduzierung oder Unterbrechung der Tätigkeit als Professorin oder Professor wegen der Übernahme von Tätigkeiten in der Selbstverwaltung als

- hauptamtliche Präsidentin oder hauptamtlicher Präsident
- hauptamtliche Vizepräsidentin oder hauptamtlicher Vizepräsident sowie als
- Dekanin bzw. Dekan oder als Prodekanin bzw. Prodekan

(2) Eine Reduzierung oder Unterbrechung der Tätigkeit als Professorin oder Professor aus Gründen gem. § 35e Abs. 4 S.1 LBG Berlin ist angemessen zu berücksichtigen. Gleiches gilt bei anerkannten Behinderungen.

§ 8 Teilnahme an Besoldungserhöhungen

Unbefristet gewährte Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge sowie besondere Leistungsbezüge, die als laufende monatliche Zahlungen unbefristet gewährt werden, werden den Besoldungserhöhungen der Grundgehilfen der W-Besoldung angepasst.

§ 9 Ruhegehaltfähigkeit

Die Ruhegehaltfähigkeit von Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen nach Ziffer III sowie von besonderen Leistungsbezügen richtet sich nach § 3 Abs. 4 und 5 Landesbesoldungsgesetz. Die Entscheidung über die Benennung der Stellen mit erhöhter Ruhegehaltfähigkeit gem. § 3 Abs. 5 Landesbesoldungsgesetz trifft die Dienstbehörde mit Zustimmung der für Hochschulen zuständigen Senatsverwaltung.

2 § 3 Abs. 4 Landesbesoldungsgesetz; Leistungsbezüge nach § 33 Abs. 1 S.1 Nr. 1 und 2 des Bundesbesoldungsgesetzes sind bis zur Höhe von 40 von Hundert des jeweiligen Grundgehilfs ruhegehaltfähig, soweit sie unbefristet gewährt und jeweils mindestens drei Jahre bezogen worden sind. Befristete Leistungsbezüge nach § 33 Abs. 1 S.1 Nr. 1 und 2 des Bundesbesoldungsgesetzes können bei wiederholter Vergabe bis zur Höhe von 40 von Hundert des jeweiligen Grundgehilfs für ruhegehaltfähig erklärt werden. Für ruhegehaltfähig erklärte befristete Leistungsbezüge sind bei der Berechnung des Ruhegehals zu berücksichtigen, wenn sie insgesamt mindestens für einen Zeitraum von zehn Jahren bezogen worden sind. Bei mehreren befristeten Leistungsbezügen, die für ruhegehaltfähig erklärt worden sind, wird bei der Berechnung des Ruhegehalts der höchste Betrag berücksichtigt.